

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Samstag und Sonntag...

Die abendliche Konkurrenzblätter über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Wahlsieg der Republikaner

Neue Wahlergebnisse

N.Y. New-York, 4. November.

Aus allen Nachrichten geht hervor, daß die Wahlkampagne für die Republikaner ein bedeutender Siegeszug gewesen ist.

In Colorado war das Stimmenverhältnis des republikanischen und des demokratischen Kandidaten für den Gouverneur...

Die Präsidentschaftswahl

N.Y. London, 4. November.

Aus New York wird gemeldet: Die Staaten New York, Pennsylvania, Connecticut und Illinois haben riesenhafte Stimmenmehrheiten für die Republikaner ergeben.

Ende des englischen Bergarbeiterstreiks

L. London, 4. November.

348 504 Grubenarbeiter haben gegen die Annahme der Abmachungen, 348 045 dafür gestimmt.

Die nordfranzösischen Bergarbeiter für den Generalstreik

M. Paris, 3. November.

Die Gewerkschaft der Bergarbeiter des nordfranzösischen Kohlenreviers hat beschlossen, dem Vorstand die Instruktion zu erteilen, den Generalstreik zu proklamieren.

Der Streik der Bergarbeiter im Becken von Charleroi hat sich weiter ausgedehnt; ein Teil der Kohlengruben in Mittelbelgien ist jetzt ebenfalls vom Streik betroffen.

Eine britische Note an Rußland

Die Propaganda soll eingestellt werden

N.Y. London, 4. November.

Vord Curzon sandte in Verantwortung der von Krassin überreichten russischen Note eine Note der britischen Regierung an die Sowjetregierung.

nen, wo Wilson vor vier Jahren eine kleine Mehrheit erhielt, durch die seine Wahl erreicht wurde, sich die Dinge sehr geändert haben.

N.Y. New-York, 4. November.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Die ungeheure gegen Cox ausgefallene Mehrheit bei der Präsidentschaftswahl spiegelt sich nicht in den Kongresswahlen wieder.

Lynchmord

Delando (Florida), 3. November (Reuter).

Ein Neger, der zur Wahl nicht zugelassen wurde, da er seine Steuern nicht bezahlt hatte, veranlaßte einen Aufstand.

tauchboote im Schwarzen Meere erinnert die Note daran, daß der Sowjetkommissar beim Stapellauf eines Unterseebootes die Hoffnung ausgesprochen habe, das erste Schiff, das verfenkt werde, möge der Entente gehören.

Neue Verhandlungen in Riga

M. Warschau, 4. November.

In den nächsten Tagen beginnen in Riga die Verhandlungen zwischen der polnischen und bolschewistischen Delegation über den endgültigen Friedensvertrag.

Die Unruhen in Irland

London, 3. November.

Wie heute amtlich bekanntgegeben wurde, fanden zahlreiche Angriffe auf Polizisten in verschiedenen Teilen Irlands statt.

Die ukrainischen Kommunisten gegen den russischen Zentralismus

In dem in Wien erscheinenden offiziellen Organ der Auslandsgruppe der ukrainischen Kommunisten „Nowa Doba“ (Nr. 34) veröffentlicht der bekannte kommunistische Führer Winnitschenko, der noch vor kurzer Zeit in Kiew mit den Vertretern der russischen Sowjet-Regierung über die Bildung einer kommunistischen ukrainischen Regierung verhandelte, einen Brief an die Arbeiter und Bauern.

„Das einzige Ziel meiner Reise in die Ukraine war der Wunsch, aktiv an der Verteidigung der Revolution und am Aufbau eines ukrainischen Arbeiter- und Bauern-Staatswesens mitzuwirken.“

Winnitschenko erzählt dann, daß er trotz viermonatlicher Bemühungen nicht die Möglichkeit erhielt, aktiv an der Arbeit teilzunehmen und daß man ihn mit Kerkern in der leeren Tiefe überhäufte.

„Der Grundzug dieser Politik ist ein absoluter Zentralismus. Sowohl in der Partei als auch in allen Zweigen ihrer Wirksamkeit, wirtschaftlich, staatlich, politisch, national usw.“

Winnitschenko erklärt nun, daß die Auslandsgruppe der ukrainischen Kommunisten sich durch die deklarative, also propagandistische Seite zu dem Irrglauben habe verleiten lassen, daß in der Ukraine tatsächlich ein Bauern- und Arbeiterstaat geschaffen werde und daß dabei die breiten proletarischen Massen aus Stadt und Land schöpferisch mitarbeiten könnten.

„Das System des absoluten Zentralismus ist einer der Faktoren, der die revolutionären Kräfte in Rußland und in der Ukraine schwächt und hemmt. Es ist durchaus richtig, daß die Kräfte der Revolution konzentriert und zentralisiert werden müssen.“

Es ist allen bekannt und es wäre ein Verbrechen, es zu verheimlichen, daß die Parteioptionen jetzt die ehemalige Begeisterung, schöpferischen Schwung, Initiative und Aktivität bei Entscheidung brennender lokaler Fragen zerstört haben.

Parteilichkeit, Genossen und Mitkämpfern, als von Bureaukraten, Beamten und Soldaten ist. Diese Disziplin entsteht nicht aus der Ueberzeugung, aus der Ergebenheit für eine Sache, aus dem Glauben an die Notwendigkeit der Selbstaufopferung, sondern ist eine Frucht der Angst vor Strafe oder des Strebens, sich auszuzeichnen. Es ist nicht eine Parteidisziplin, sondern die Notwendigkeit der Anzucht und der Kaserne. Dessen können sich die Kommunisten nicht rühmen, denn eine derartige Disziplin gab es auch in der zaristischen Zeit unter den Beamten. Sie existiert auch in bürgerlichen Beamten, und ist überdies viel strenger. Im Augenblick ist übrigens durch die Partei selbst das Fehlen der Disziplin bemerkt worden. Aber nur die äußeren Erscheinungen der Krankheit sind festgestellt worden, der Bureaucratismus, der Bonapartismus, die Verknüpfung der Apparate, die Apathe der Organisation und ähnliches mehr, die Krankheit selbst, die Ursache dieser Erscheinungen, das System des absoluten Zentralismus ist nicht bemerkt worden. Man kann schon heute voraussagen, daß, solange das System des Parteilbens und Wirtens nicht in seiner Grundlage geändert wird, solange der absolute Zentralismus nicht durch einen demokratischen Zentralismus abgelöst werden wird, solange wird der Geist der Revolution, der Aktiivität, der Selbstarbeit der Parteimassen erstickt werden, solange wird die schöpferische Energie sich dauernd verengen und werden alle diese krankhaften Erscheinungen sich vergrößern, die jetzt die Vorhut der Revolution untergraben und erdrücken.

In seinen weiteren Ausführungen, die noch in einem besonderen Artikel behandelt werden sollen, weist Winiwitschenko dann nach, wie dieser Zentralismus aus der Partei sich auf das gesamte politische Leben und den Staatsapparat übertragen hat und wie der Zentralismus vor allem die Existenz der ukrainischen Sowjetrepublik gefährdet.

Das Volk hungert, Wilhelm schlemmt 25 000 Mark Ausgaben pro Tag!

Im Reichsauschuß der Preussischen Landesversammlung wurde gestern die Vorlage über die Abschaffung der Hohenzollern beraten. Das Justizministerium hatte den Königsberger Professor Fleischmann hinzugezogen, der als Sachverständiger begründen sollte, daß der Anspruch der Hohenzollern auf Hunderte von Millionen berechtigt ist. Herr Fleischmann meinte, daß die Hohenzollern schon vermögend gewesen seien, als sie nach der Marz-Brandenburg kamen. Sie hätten es dann verstanden, ihren Besitz erheblich zu vermehren. Erst Joachim II. habe sich in Schulden gestürzt. Es sei eine Vereinbarung mit den Ständen getroffen worden, wonach diese 2 1/2 Millionen Gulden Schulden übernahmen, wofür ihnen die Steuererhebung übertragen wurde. Im 18. Jahrhundert hätten die Hohenzollern eine Teilung zwischen Staat, Eigentum und Schatzkammervermögen durchgeführt. Es sei ihnen seitdem gelungen, ihr Vermögen riesenhaft zu vergrößern.

Es kam im Anschluß daran zu einer vierstündigen Debatte, in der man erfuhr, daß Wilhelm im Januar 1919 zwei Millionen holländische Gulden, nach dem heutigen Wert 50 Millionen Mark, im August 1919 10,138 Millionen Mark und im Oktober 1919 weitere 10 Millionen Mark erhalten hat. Aus dem Grundstücksverkauf in der Wilhelmstraße sind Wilhelm 40 Millionen Mark zugeflossen, die zum Teil für den Kauf des Schlosses Doorn verwendet wurden. Für dieses Schloß sind im August 1919 auch noch die Einrichtungsgegenstände geliefert worden. Die Vertreter der Regierung behaupteten, daß es sich dabei nur um Gegenstände ohne besonderen Wert gehandelt habe; aus den Nachweisungen kann man vorläufig noch nichts Näheres darüber erfahren, es scheint aber festzustehen, daß kostbare Silberzeuge und wertvolle Gemälde nach Holland geschickt worden sind. Die Gastfreundschaft, die der Graf Bentinck Wilhelm in Amerongen gewährt hat, kostete täglich etwa 1000 Gulden, nach dem heutigen Stande der Mark etwa 25 000 M. Die Prinzen des Hauses Hohenzollern haben bis zum 1. Juli 1919 ihre Appanage aus der Staatskasse und später aus dem Hauschatz erhalten; jetzt beziehen sie noch zwei Drittel der früheren Summen.

Die gestrigen Verhandlungen haben noch kein Ergebnis gebracht. Die preussische Regierung scheint sich aber noch immer mit

den Gedanken zu tragen, Wilhelm mit einer riesigen Abfindungssumme zu beschenken. Es ist unerhört, daß in dieser Zeit, wo die breiten Massen des Volkes im Elend versinken, dem kaiserlichen Deserteur in Holland solche ungeheure Summen bereits zugestanden worden sind, mit denen er sein Schlemmerleben fortsetzen kann. Es ist geradezu ein Skandal, daß nicht nur Wilhelm, sondern auch die hohenzollernschen Prinzen fortgesetzt mit Geldern gefüttert werden, die der Allgemeinheit gehören. Jede dieser Drohnen verzehrt an einem Tage mehr, als eine Arbeiterfamilie an Einkommen während des ganzen Jahres bezieht. Glaubt die preussische Regierung, glaubt insbesondere das preussische Justizministerium, daß das Volk sich diese unglaublichen Zustände noch lange gefallen lassen wird?

Ein schöner Schwindel

Zu der in den letzten Tagen mehrfach in der Presse erwähnten Millionenunterzahlung in der Abwicklung eines Sturm-Bataillons in Potsdam wird der „Telegraphen-Union“ von wohlunterrichteter Seite mitgeteilt, daß es sich hierbei nicht um eine der dem Heeresabwicklungshauptamt unterstellten Abwicklungsstellen handelt. Zu diesen gehören lediglich die Abwicklungsstellen des alten Heeres, d. h. derjenigen Truppenteile, die vor dem ersten Oktober 1919 aufgelöst worden sind. Dazu zählte das betreffende Sturm-Bataillon nicht.

Das Sturm-Bataillon Schmidt gehörte wie alle Freikorps zur Reichswehr. Es war eine Elitetruppe im Sinne des Herrn Seeck, der es noch im März zu besonderen Aufträgen verwendete. Wenn das Abwicklungsammt des alten Heeres mit dieser „Elitetruppe“ nichts zu tun haben will, so ist das an sich gewiß recht lobenswert, aber wer soll denn die Verantwortung übernehmen? Seeck und Gehler werden sie gewiß auch ablehnen. Also wird es wohl am besten sein, wenn nunmehr eine neue „wahlunrichtige Stelle“ verschafft, das Sturm-Bataillon Schmidt habe überhaupt nie bestanden, besser noch: es gehöre zur „Roten Armee“.

Die erste Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts

Aus dem vorliegenden ausführlichen Bericht über die Sitzung des Wahlprüfungsgerichts, die sich mit dem Protest des Genossen Dr. Cohn gegen eine Streichung von der Kandidatenliste zur Reichstagswahl beschäftigte, geht hervor, daß Genosse Cohn auf die Frage des Vorsitzenden, wie er zu der Frage einer Gesamtwahl auf Grund seines Protestes stehe, erklärte, daß er weder seine Anwesenheit im Reichstag noch eine Streichung des jetzt nicht mehr zu seiner Partei gehörenden Abg. Höllein (der an Stelle des Dr. Cohn für gewählt erklärt wurde) für wichtig genug halte, um sie im gegenwärtigen Augenblick mit einer Gesamtwahl und mit dem vom Reiche zu tragenden Wahlkosten zu erlauben. Er werde daher keinen Protest zurücknehmen, wenn das Gericht die Notwendigkeit einer Gesamtwahl annehme; hierüber erbitte er rechtzeitig Mitteilung.

Der Regierungsvertreter führte aus, daß die Erklärung der Frau Dr. Cohn von dem Kreiswahlleiter hätte beachtet werden müssen und daß wegen der Streichung nun die Gesamtwahl in Thüringen fälliger werden müsse. Nach längerer Beratung unter Ausschluß der Öffentlichkeit kam das Wahlprüfungsgericht zu folgendem Urteil: Die Wahl im Kreise Thüringen wird für gültig erklärt und der Protest des Dr. Cohn zurückgewiesen. Die Zustimmungserklärung der Frau Dr. Cohn hat die im Reichswahlgesetz enthaltenen Vorschriften nicht erfüllt. Die Entscheidung zeigt, daß die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes reformbedürftig sind, damit kein solcher Fall, wie er hier vorliegt, bei der nächsten Wahl verhindert wird.

Ausnahmezustand in Danzig

Der stellvertretende Oberkommissar in Danzig, Oberst Strutt, hat bis zur Reaktivierung der Danzig-polnischen Konvention in Paris alle öffentlichen Versammlungen verboten, in denen politische Angelegenheiten den Gegenstand der Tagesordnung bilden. Das Versammlungsverbot wird damit begründet, daß die öffentliche Erörterung schwebender Probleme während der Dauer der Pariser Verhandlungen den Interessen der Danziger wie der Polen schädlich sein und die öffentliche Ordnung stören könne.

Wir wissen, daß es wenig Wert hat im Klassenstaat die Klassenjustiz zu bescheiden; denn das eine ist Ausfluß des andern. Dennoch bekämpfen wir diese Rechtspflege, diesen Staatsanwalt und diesen Vollzeitsittler. Wir wissen genau, daß der Militarismus Fleisch vom Fleische des landunwürdigen Feudalstaates oder des imperialistischen Bourgeoisstaates ist, und dennoch bekämpfen wir ihn als Militarismus an sich und stellen ihm den Vajismus des völkerverwundenden Sozialismus entgegen. Was hier recht ist, sollte doch bei der Kirche billig sein. Der ökonomische Materialismus verpflichtet nicht zum Fatalismus. Er predigt zwar die Entweltung, aber er leugnet nicht den Willen. Der Wille als Einzelwille oder als Massenwille entsteht zwar dem Schacht der ökonomischen Bedingungen und ist nur dann revolutionär, wenn die Verhältnisse revolutionär sind. Aber in Wohlbehaltung senkt er sich wieder nach seiner Geburt auf eben jene Verhältnisse herab, legt energische Sprengladungen unter sie und treibt sie der revolutionären Reise entgegen, um dann als ein neuer, geläuterter und gesteigerter revolutionärer Wille ihnen wieder zu entstehen und aufs neue das Spiel zu beginnen. Es ist die Tätigkeit eines Geistes, der die Wassermengen aussperrt, sie wieder verschlingt, um sie in neuer, um so höherer Dampf- und Wasserfälle wieder auszuatmen und einzusaugen. Als Sohn der Verhältnisse wird also der Wille im festen Kreislauf gleichgültig zu ihrem Vater. Revolutionsgeheimnis und Revolutionswahrheit! Der Wille aber packt die Verhältnisse, wo und wie er sie vorfindet. Er hat die immanente Eigenschaft des horror vacui: einmal gezeugt, ist er geneigt, jeden Rahmen, auch den, aus dem er entstammt, zu sprengen. Die Erkenntnis weiß zwar, daß Klassenstaat ohne Klassenjustiz undenkbar ist. Dennoch packt der Wille die letztere an, wo er sie vorfindet. Er weiß, daß Mars erst stirbt, wenn Merkur erschlagen ist. Dennoch bekämpft er den Militarismus. Eben durch diesen Kampf, auch wenn er einseitig und vielleicht zunächst unnütz ist, unterminiert der Wille weiter die Verhältnisse und treibt sie auf die revolutionäre Spitze. Sind wir aber Energetiker hinsichtlich Klassenjustiz, Militarismus usw. — warum wollen wir denn gegenüber der Kirche nur Evolutionäre und Deterministen bleiben? Die areligiöse Arbeitererschaft fängt hier an, nicht mehr zu verstehen, und sie bezeugt durch ihren Massenwillen, daß sie anders denkt, als so mancher ihrer Führer, der den Kampf gegen die Kirche nur mit Unbehagen sieht.

Und wenn wir uns schon nicht in die religiösen und philosophischen Händel dieser bürgerlichen Welt einlassen wollen, dann ist es dennoch unsere Pflicht, der Kirche als Organisation auf den Leib zu rücken, da nämlich, wo sie als Instrument des Klassenstaates sich von diesem mitheben läßt. ... Gruppen, Organisationen, Verbände der antikirchlichen Proletarier entstehen da, die fast die Stärke der politischen Parteien erreichen.

Die polnischen Entschädigungsansprüche

Der Generalkommissar der polnischen Republik in Danzig, Dr. Wieschedel, hatte der interalliierten Verwaltung in Danzig eine Note überreicht, in der an die Stadt Danzig eine Reihe von Entschädigungs- und Erlassungsansprüchen gestellt werden. Die interalliierte Verwaltung hat dieses Schreiben dem Staatsrat weiter gegeben, der nach Prüfung der Sachlage der polnischen Regierung eine Antwort hat zugehen lassen. In dieser wird zum Ausdruck gebracht, daß Danzig bereit sei, den geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen gemäß für Uebergriffe gegen die Polen und Vermögensschädigungen Ersatz zu leisten. Die diesbezüglichen Fälle würden einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Die Stadt Danzig müsse es aber ablehnen, für die Diebstähle im Hafen aufzukommen, für die sie völkerrechtlich keine Verantwortung triffe. Danzig behalte sich vor, eine Gegenrechnung aufzustellen, da auch die freie Stadt beispielsweise durch Beschlagnahme von Waren im polnischen Korridor usw. nicht unerhebliche Verluste erlitten habe.

Für den Sozialisierungsgesetzentwurf der U. S. P. D.

Zeich, 2. November.
Eine am Montag abgehaltene, von etwa 600 Betriebsräten des Zeich-Wehrens-Neuselwisch-Kölicher Industriegebietes besuchte Versammlung im Schützenhaus zu Zeich, in der besonders stark die Bergarbeiterbetriebsräte vertreten waren, erklärte sich nach einem Referat des Genossen Hildebrand gegen fünf Stimmen für den Sozialisierungsgesetzentwurf der U. S. P. D. Die Beschlusfassung ist um so bedeutungsvoller, als bisher in diesem Teile des mitteldeutschen Bergbaugbietes die Kommunisten behaupten, die Oberhand zu haben.

Ufa und Arbeitsgemeinschaften Eine Falschmeldung

Die „Telegraphen-Union“ meldet über Essen, sie erfahre aus durchaus zuverlässiger Quelle, am 27. Oktober habe der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände beschlossen, in Verfolg des in diesem Sommer gefassten Beschlusses seiner Generalversammlung den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft zu erklären und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ein gleiches Vorgehen zu empfehlen.

Die Meldung ist falsch. Die Sitzung des Vorstandes der Ufa, die sich mit der Ausführung des erwähnten Beschlusses der Generalversammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten beschäftigten soll, am 27. Oktober am Sonnabend und Sonntag statt. Bisher liegen keine Beschlüsse in dieser Angelegenheit vor.

Horthy vor dem Ende?

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Wien, soll England gegen den französisch-ungarischen Geheimvertrag Einspruch erhoben haben. In diesem Vertrag hatte Frankreich zugestanden, daß Ungarn eine Truppenmacht von 140 000 Mann aufstellen kann, wenn es sich verpflichtet, gegen Rußland zu kämpfen. Außerdem erhält eine französische Kapitaillengruppe das Recht, die ungarischen Staatsbahnen auszubenten. Die Nichtigkeiterklärung des Vertrags durch England soll Ungarn in eine schwere finanzielle Krise stürzen. Denn die Geldmittel des Horthyregiments sind erschöpft.

Die industrielle Produktion ist unter Horthy völlig zugrunde gegangen. Ein ungeheures Heer von Beamten frißt die letzten Steuergroschen auf, während die Armee ihre fehlenden Mittel durch Raubüberfälle, Erpressungen und durch hohe Kontributionen, die unter Androhung des Todes bei reichen Geschäftleuten erhoben werden, zu ergänzen versucht. Der Vertrag mit Frankreich war ein letzter Versuch, die Reaktion in Ungarn und die Terrortruppen, auf die sie sich stützte, noch einige Zeit mit Hilfe ausländischen Kapitals zu erhalten. Horthy ist zwar jetzt bereits bemüht, sich wieder England zu nähern. Aber es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß diese vollkommen bankrotte kreditunwürdige Regierung noch irgendwo im Ausland größere Kredite für die Erhaltung ihrer Terrortruppen und für die Ausspeisung ihrer unzähligen politischen Parasiten aufstreifen wird.

Die Erstarkung der antireligiösen Arbeiterbewegung

Von Hugo Esserich).

Nach dem Krieg hat fast mit explosiver Kraft eine starke areligiöse Bewegung der revolutionären Arbeitererschaft eingesetzt, die selbst große Teile des Proletariats und Kleinbürgertums erfasst hat, die bisher noch in den erstarrten Formen der „alten Partei“ festgehalten werden. Man weiß genau, daß gerade eine nicht geringe Zahl der marxistischen Veteranen dieser Bewegung mit Gefloß, oft sogar in nur schlecht verhehlter Segnerchaft gegenüberstehen. Und das mag seine Berechtigung haben oder doch gehabt haben. Kulturkampfsaufereien à la Fall und Wichow sind und bleiben ein Luxus der bürgerlichen Ideologie und wir müssen es schon dem Vorderhaus der „glücklichen Besthenden“ und ihrem geistigen Geschmaack überlassen, metaphysische Spekulationen gegen die Offenbarung, die Professorenen gegen die Patres, Friedrich Nietzsche gegen Thomas von Aquino antreten zu lassen. Primo vivere, deinde philosophari, zuerst leben und dann erst philosophieren — das ist nicht zuletzt gerade in der Gegenwart marxistisches Gesetz und Revolutionsgebot. Der Salon mag plaudern, die Fabrik muß arbeiten. Der Klub disputiert, die Volksversammlung demonstriert. Marx lehrte uns schon, daß sich zwar die Philosophen bemühen haben, die Welt zu erklären, aber daß es darauf ankäme, sie zu verändern. Wer aber die Welt verändert, wägt auch ihren geistigen Ueberbau, ihre religiösen Vorstellungen, ihre überirdischen Bedürfnisse um. Nicht nur der Staat, wie Engels ausdrücklich von ihm feststellt, auch die Kirche wird nicht gelistet, sondern stirbt ab. Das ist marxistische Erkenntnis. Deshalb sind die alten Marxisten Skeptiker der antireligiösen Proletarierbewegung. Sie glauben, daß man erst die Welt gewinnen muß, die ganze Welt mit allen wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen der herrschenden Minderheit, dann werde man gegen den Predigtstuhl nicht noch besondere Sturmkolonnen ansetzen brauchen.

Unsere revolutionäre Erkenntnis, daß in der Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht das Schwergewicht des Arbeiterkampfes liegt, hebt fest; nicht ohne Not soll man Revolutionsenergien auf dem Augengelände verschwenden. Aber es ist doch nun einmal auch Tatsache, daß die Marxisten gegen andere als die religiösen und kirchlichen Ueberzeugungen der Klassenherrschaft mit aller Entschiedenheit den Kampf führen und sich da durchaus nicht auf den wirtschaftlichen oder rein polit-

Es gibt Orte und Städte genug, wo der „Zentralverband proletarischer Freidenker“ manchmal fast noch mehr Mitglieder besitzt, als die revolutionären Parteien jede für sich. Es kann unmöglich sozialistisch sein, sich von dem Massenbedürfnis, das sich da offensichtlich zeigt, mit Achselzucken abzuwenden und die Arbeiter auf politische Aktionsprogramme zu verweisen, wo ihnen die Zeit selbst geistige und kulturelle Ziele neben den politischen und wirtschaftlichen gesteckt hat.

Der Arbeiter ist mehr antikirchlich, als antireligiös. Seine Antireligiosität ist ferner mehr eine bloße Areligiosität. Das religiöse Bewußtsein ist in ihm in Generationen erloschen. Er kämpft deshalb nicht gegen die offenbarte Religion mit der ganzen Leidenschaftlichkeit und dem Fanatismus des bürgerlichen Renegaten, der sich gegen die geistigen Kerkermeister oft in schwerem Gewissenskampf hat durchringen müssen. Aber gerade diese Religionslosigkeit, weniger Religionsfeindschaft des Arbeiters läßt eine Lücke in seinem Geistesleben ausfüllen, der nicht allein durch rein politisch-wirtschaftliche Betätigung, nicht allein durch Gewerkschaftsdebatten, Parteilarbeit, Kaledistationen auszuspeisen geht. Wenn die Arbeitererschaft wirklich das Erbe der deutschen Philosophie zu wahren hat, und wenn die Begründer des Sozialismus dem deutschen Arbeiter zugerufen haben, sich seinen philosophischen Sinn zu bewahren, dann wird man sich der Freidenkerbewegung innerhalb der Arbeitererschaft unter keinen Umständen verschließen dürfen. All das ringt sich erst in noch unbeholfenen und unbehauenen Formen, aber doch schon sehr greifbar, ans Licht der Sonne. Gewiß mag der Marxist die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn er sieht, wie der „Waffenpiegel“ gerade unter diesen philosophisch-ringenden Proletariaten als eine Arbeiterbibel verehrt wird. Aber dem Durst des Arbeiters nach Geistigkeit ist mit der Kritik und dem Händeringeln allein nicht gedient. Schafft erst eine gute Kulturbibliothek für den sozialistischen, areligiösen Arbeiter, dann wird der „Waffenpiegel“, „Die Geschichte der Dextenprozesse“, „Die Sünden der Päpstin Johanna“ von selbst verschwinden oder doch dem ähnlichen Literaturgelichter zukommenden Standpunkt auch im Arbeitergehirn eingereicht werden.

Dostojewski's Tochter

Diese Frau wollte ihrem Vater ein Denkmal setzen. Aber wenn doch nur die Verwandten großer Leute schwiegen! Alle Liebe erstickt noch kein Verständnis. Und selbst auf das Verständnis würde man schon verzichten, wenn nicht immer und immer wieder diese Rechtfertigungsversuche gemacht würden. Nießliches Schwester.

*) Aus Nummer 42 des „Sozialist“. Zur wörtlichen und begrifflichen Erläuterung sei gesagt, daß „areligiös“ religionslos, „antireligiös“ religionsfeindlich bedeutet.

*) Dostojewski. Geschildert von seiner Tochter A. Dostojewski. Ernst Reinhardt-Verlag, München 1928.

Die Schande des Jahrhunderts

Die bürgerliche Presse Deutschlands hat bisher die Scheu- lichkeiten des weißen Terrors in Ungarn totgeschwiegen. Die rechtsstehende Presse pries sogar den neuen Staat Ungarn als das vorbildliche Land christlicher Ordnung und müster- gültiger Sitten. Die Sendboten der Reaktion, die hinüber nach Ungarn wollten, kehrten begeistert zurück und setzten in schwungvollen Artikeln auseinander, daß auch Deutschland nur dann wieder gesund könne, wenn es sich die müster- gültige Herrschaftsform Horthy's und seiner Banden zueigen mache. Wir haben von Ungarn, diesem gelobten Land der christlichen Kultur, den Schleier der Lüge gezogen und es in vielen Artikeln in unverschämter Nacktheit gezeigt.

Jetzt bringt auch das „Berliner Tageblatt“ einen Artikel, der neue Urkunden und Tatsachen über den weißen Terror in Ungarn enthält. Der Verfasser, Joltan v. Kornady, berichtet, daß der Major Paul Brenay, der soeben erst in der ungarischen Nationalversammlung als der Mörder des Weinbäunders Landau gebrandmarkt wurde, von Horthy zum Oberleutnant befördert wurde. Brenay, einer der berühmtesten Terroristen, hat von dem Weinbändler Landau mehrere Millionen Mark für seine Privatfaktorie erpreßt und ihn dann aufgehängt. Die Regierung versuchte, die Schandtat als „Einzelfall“ hinzustellen, sie versprach, die Angelegenheit „gerichtlich“ untersuchen zu lassen, nun hat Horthy durch die Beförderung Brenays zum Oberleutnant gezeigt, daß der Nord in Ungarn eine Tat ist, die belohnt werden muß, nicht aber bestraft wird. Der Verfasser schreibt über diese Zustände:

„Die Budapest Presse ist nun verhalten, diesen pointiertere im Ausland bekannt gewordenen Fall als bedauerliche Einzel- ereignisse hinzustellen. Doch das Ausland wird sich nicht länger hinter das Bild führen lassen. Man wird in der ganzen Welt endlich erkennen, daß in Ungarn heute die gesamte Bevölkerung zu völliger Ohnmacht verurteilt, das Parlament eine Harlekinade, die Verfassung eine Fiktion und das ganze Land wehres der brutalen Willkür einer Raubmörderhand ausgeliefert ist, die teils aus dem Schaum einer entmenschten Soldateska, teils aus degenerierten Aristokraten besteht, die sich zum Wein und zur Zigeunermusik noch den neuen Heroenkrieg jadislicher Ereignisse leisten, und deren Blutrausch längst in hemmungslose Kazernei überging.“

Weiter wird berichtet, daß die Pressefreiheit in Ungarn völlig unterdrückt ist. Eine Zeitung brachten die Budapest- erer Mütter Berichte über die Untaten der weißen Banden. Da erschien Oberleutnant Hejjas auf den Redaktionen, zog den Revolver und erzwang die Einstellung der Berichterstattung über das fegensreiche Wirken der christlichen Offiziere. Schändlich ist die Rolle, die die Entente bei diesem Treiben an den Tag legt. Kornady berichtet darüber:

„Der amerikanische Oberst Harowich fuhr im Auftrage seiner Regierung nach Slosot, als die Todesurteile der Gemarteten von dort bis nach Amerika drangen. Drei Tage später gab er die Erklärung ab, es seien zwar vereinzelte Ausschreitungen vorgekommen, doch von einem weißen Terror könne nicht gesprochen werden! In nächster Nähe des Banettsales, in dem er sich von Horthy bewirten ließ, lag ein Massengrab mit Hunderten ver- kümmerter Leichen. Er wurde von der Bevölkerung angefleht, dieses Grab öffnen zu lassen — er tat es nicht. Die britische Mission in Wien antwortet auf einen Hilferuf der Reckemeier Hinterbliebenen mit den Worten, sie werde das Dokument weiterleiten.“ Aber bis heute ist nichts geschehen. Und selbst der viele hundert Seiten starke Bericht der englischen Arbeit- erkommission zur Untersuchung des weißen Terrors in Un- garn blieb von den Ententeregierungen offenbar unbeachtet. Dieser Bericht umfaßte 59 Abschnitte, und jeder gab die genaue, oftensmäßig belegte, unzweifelbare Schilderung von ebenso vielen Gräueltaten.“

Schließlich berichtet Kornady noch über den Fall der Frau Hamburger, die deshalb verhaftet wurde, weil sie die Gattin eines Mannes war, dessen Bruder der Käterregierung angehörte.

„Ohne jeden Grund wurde die nur ihren drei Kindern lebende Dame eines Abends vom Oberleutnant Sevel abgeholt und in die verhängte Kelenfelder Kaserne gebracht. Hier be-

hat ihr ganzes Leben lang den Bruder gegen dumme Spießer fürcht und angstvoll verteidigt. Dostojewskis Tochter tritt nun in ein ähnliches Geleise und denüht Leben wie Werk des Vaters, um ihre mühselig zusammenschraubten Nervenheerden los zu werden. (Wenn diese wenigstens noch von ihr wären!) Man wäre ihr dankbar gewesen, wenn sie ganz anspruchslos Jüge Dostojewskis zusammengetragen und etwa im Plauderton vorgebracht hätte; wenn sie sich also klug beschränkt hätte zu erzählen, daß der Vater den Familiennamen der Mutter vergessen hatte, eine Geliebte nicht wieder erkannte und zu Kartenlegerinnen ging. Aber die Tochter stadelte ein falscher Ehrgeiz, vielleicht hat man sie schlecht beraten — deshalb schrieb sie mit unzulänglichen Mit- teln ein raffentheoretisches Buch über Dostojewski, schrieb es im Wert über das halbesamt Hunderttausend, legte sich in Formeln aus dem Gebiete des Rosenkranzes zurecht und interpretierte mit ihrer Hilfe Handeln, Sinnen und Schaffen des Vaters. Es ist ein knöchliches Lottospiel, und das Eigene, was sie über Dostojewski hat, ist lachend und verworren. (Wäre es noch ihr Eigen- tum!) Bleiben also eine Reihe von Einzelnungen. Diese aber ver- zögen die Lesart des Werkes. Hat man sie beendet, ist als leichtes, drückendes Gefühl, wie wenig wissen die Frauen von einem großen Manne. Schützt große Leute vor ihrer Familie!

Kurt Kersten.

Belehrende Filme. Die Kulturabteilung der Universum-Film A. G. (Afa) führte neue Lehrfilme aus naturwissenschaftlichen Gebieten vor. Ein Film „Hochseefischerei“ gibt einen Ein- blick in das Leben und Treiben auf einem Fischdampfer der Nord- see, wie das große Schleppnetz ins Wasser gelassen, wie es nach dem Fang an Bord geholt und entleert wird, die Fischarten unter Deck auf Eis aufbewahrt und nach dem Löschen der Ladung den Räuchererinnen zugeführt werden. Eine Teilschneidung gibt ein anschauliches Bild von der Wirkung des Schleppnetzes auf dem Meeresgrunde. Ein weiterer Film stellt die bekanntesten Qua- litäten dar. Die hauptsächlichsten Vertreter dieser niedrigsten Tier- gattung werden in den verschiedensten Bewegungszuständen sowie in der Nahrungsaufnahme gezeigt. Im Film „Seiden- spinner“ wird ein Lebensbild über die gesamte Biologie des Seidenpinner gegeben. Wir verfolgen das Tier von der Ei- lage durch die Larvenstadien hindurch bis zur Verpuppung. Am besten gelungen ist die Webergabe des Aussehens des fertigen Schmetterlings. Dieser Film ist in erster Linie als Schulfilm bearbeitet worden.

Erinnerungen an Ernst Haedel. Anschließend an die Enthüllung des Denkmals Ernst Haedels von Professor Engelmann (Weimar) und die Beilegung der Ache Haedels im Garten der Villa Walsau wurde dieser Tage das Ernst-Haedel-Haus in Jena feierlich er- öffnet. Es enthält Schätze der Erinnerung an Haedel als Reich- künstler und Forscher.

Einem Selma Lagerlöf-Abend veranstaltet Gerd Maurer am Donnerstag, den 11. November, abends 8 Uhr, im Saale der Berliner Sezession.

gann Oberleutnant Hejjas sie in Gegenwart mehrerer Offiziere zu peitschen. Sie solle gestehen. Sie konnte nichts gestehen. Nun zwang man sie unter Bajonettschüssen, sich nackt zu entkleiden. Hejjas stieß ihr seine Reitpeitsche tief in den Leib. Sie sinkt blutend, ohnmächtig um, wird mit kaltem Wasser übergossen und dann mit der Drahtpeitsche genädigt. den Offizieren vorzutragen, die trinkend und rauchend um- herhüpfen und mit den Stiefeln den Taft schlagen. Doch das war erst der Anfang. Hieraus wird ein Gefangener namens Besa Neumann, der Frau Hamburger kannte, aus seiner Zelle gebracht. Hejjas befehlt ihm, die nackte Frau zu mißbrauchen. Neumann weigert sich. Darauf bricht ihm Hejjas mit einer Fange ein paar Zähne aus. Neumann weigert sich immer noch. Hejjas zieht sein Taschenmesser, verkrümelt ihn und sticht heiße Mähe in die Wunde. Dann wird Neumann noch lebend in die Donau ge- worfen. Alice Hamburger bringt man in das Mannschaf- zimmer. „Da habt ihr diese Bolschewikenschurke“, ruft Hejjas, „amüsiert euch mit ihr!“ Aber die Mannschaft — selbst die Mannschaft dieser Truppe — hat mehr menschliches Gefühl als ihre Offiziere und läßt die arme Frau unberührt. Nach wochen- langen ähnlichen Foltern gelangt es ihr, nach Wien zu entfliehen. Sie wohnt jetzt dort und ist jederzeit vernehmbar.“

Und Horthy, mit dem die habsburgischen Königsmacher konspirieren, zu dessen Füßen kniefällig Oberst Bauer und Major Bischoff sitzen, der von den deutschen Drehschleuten wie ein Felsener umschwärmt und von den Federlesern der nationalen Parteien in allen Tonarten verherrlicht wird: Was tut Horthy? „Im Stalle der Kelenfelder Kaserne, die der tödliche Schauspiel solcher Szenen ist, steht das Reitpferd des Herrn Horthy. Allmorgendlich fährt der Reichsverweser hier vor, und während er seinen Schimmel besteigt, hört er die marterhaft- enden Schreie der Gefangenen. Er aber reitet vergnügt mit seinem Vorknecht Hejjas spazieren und kehrt dann in die Königshalle zurück, um ausländischen Journalisten zu ver- sprechen, daß alle Gerüchte über „Unregelmäßigkeiten“ oder gar Uebergriffe „seiner“ Offiziere böswillige bolschewi- stische Lügen sind.“

Das ist Ungarn. Das ist die Wahrheit über jenes Land, welches den deutschen Nationalisten als Vorbild dienen würde, wenn sie die Macht erhalten könnten, auch aus Deutsch- land einen „Ordnungsstaat“ zu machen.

Streikstatistik

Die Streiks in den Jahren 1917 bis 1919

In der Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht das Statistische Reichsamt die Ergebnisse der Erhebungen über Streiks und Ausperrungen in den Jahren 1917, 1918 und 1919. Die Zahlen der Erhebungen sind als Grundlage für einen Ver- gleich aus verschiedenen Gründen sehr unzureichend. Der No- vember 1918 macht mitten durch die Berichtsperiode einen Schnitt. Vor dieser Grenze liegt eine Zeit, in der die Ge- werkschaften unter den Kriegsverhältnissen zu ganz anderen Bedingungen ihren Kampf führen mußten, als in der Zeit nach der Novemberrevolution. Die Schlussfolgerungen können aus diesen Zahlen also nur mit größter Vorsicht gezogen werden.

1917 war noch ein Jahr völligen Bürgerfriedens, 1918 da- gegen zeigte sich schon eine stärkere Unruhe unter der Arbeiter- schaft, was zum Ausdruck kam in der wachsenden Zahl der Streikbewegungen. Im Jahre 1919 aber haben die Ar- beiterkämpfe eine noch nie beobachtete Höhe erreicht. Die Sta- tistik stellt das zunächst dar an der Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage. Die Verluste betragen 1917 0,9 Millionen Tage, 1918 4,9 Millionen, 1919 43,8 Millionen Tage.

Dieser furchtbare Verlust an Arbeitsleistung ist nicht auf das Konto mutwilliger Streikbewegungen zu setzen, was von vorn- herein betont werden muß, sondern es zeigt sich an dieser ge- waltigen Summe nur von neuem, welche unermessliche Schuld die in der Kriegszeit herrschenden Mächte auf sich ge- laden haben, indem sie Bürgerfrieden und Belagerungszustand be- nutzten, um den notwendigen Ausgleich zwischen den steigenden Lebensmittelpreisen und den niedrigen Löhnen zu verhindern.

1919 wurden alle gebundenen Kräfte frei und es war not- wendig, daß die Arbeiterchaft diese Kräfte sofort in Anwendung brachte, um die notwendigen Lohnsteigerungen durchzusetzen. Wäre das nicht geschehen, dann wäre die Ar- beiterchaft einer furchtbaren Verelendung an- heimgefallen und weit wertvollere Kräfte an Ar- beitskraft wären verloren gegangen, als sie so in Verlust ge- raten sind in Gestalt von Arbeitszeit. Ferner ist zu be- achten, daß die Steigerung der Zahl der Streiks 1919 nicht allein auf eine größere Aktivität der von jeder organisierten Arbeiter- masse zurückzuführen ist. Die Zahl der an den Streiks beteiligten Mitglieder wuchs mit jeder Woche, weil die Zahl der Organi- sierten beständig zunahm. Streikbewegungen mit so großer Beteiligungsdiffer wie 1919 hat es nie zuvor gegeben. Es ist klar, daß auch das in der Zahl der verlorenen Arbeitstage in die Er- scheinung treten muß. Ferner kommt in Betracht, daß der No- vember eines ganzen Reihe von Arbeiterkategorien das Koali- tions- und Streikrecht erst gebracht hat, die es vorher nicht besaßen. Die Landarbeiter und die Eisenbahner und zahlreiche andere Gruppen, deren Streikrecht früher in der Streikstatistik überhaupt nicht in Erscheinung trat, mußten zahl- reiche Kämpfe führen. Und gerade sie traten mit großer Bestig- keit in die Bewegung ein.

Von außerordentlichem Interesse sind die Ausschläge der Stati- stik über Verteilung der Angriffs- und Abwehrbewegungen. Die Zahl der Angriffsstreiks betrug 1917 58,2 Prozent aller Bewegungen, 1918 97,4 und 1919 98,7 Prozent. Die Zahl der Abwehrstreiks betrug 1917 41,8, 1918 2,6, 1919 1,3 Pro- zent. In diesen Zahlen spiegelt sich deutlich die Wandlung der Kampfsituation für die Gewerkschaftsbewegung, die mit dem November 1918 eintrat. Die hohe Zahl von Abwehr- bewegungen des Jahres 1917 zeigt, wie brutal das Unternehme- rum die ungünstige Situation der Kriegszeit für sich auszunutzen verstand, und das nahezu völlige Verschwinden aller Abwehrbe- wegungen in den beiden folgenden Jahren beweist, wie stark An- griffswille und Machtbewußtsein der Arbeiterchaft zunahm.

Die Verschiedenartigkeit der Situation war natürlich auch ent- scheidend für die Erfolge der Bewegungen. Mit einem vollen Erfolg endeten 1917 1,2 Prozent der Bewegungen, 1918 11,9 und 1919 13,9 Prozent. Dazu kamen Bewegungen mit teilweisem Erfolg, und zwar: 1917 45,5, 1918 63,0, 1919 63,8 Prozent. Während 1917 49,4 Prozent aller Bewegungen keinen Erfolg hatten, sank die Zahl der völlig erfolglosen Bewegungen 1919 auf 17,5 Prozent.

Die Statistik des Reichsamts legt nun endlich auch das Ge- rändnis ab, daß die politischen Streikbewegungen wohl ungenommen haben, aber doch von weit geringem Umfange sind, als die Streiks, die aus der Not der Ausbeutung entstanden. Im Jahre 1919, das außerordentlich reich an politischen Be-

wegungen war, hat nur einen Verlust von 12,9 Millionen Arbeit- tagen durch politische Streikbewegungen aufzuweisen. Dieses Ge- rändnis ist besonders um deswillen wertvoll, weil in der gesamten Öffentlichkeit bis in die jüngste Zeit hinein die Meinung be- stand, jeder wirtschaftlichen Streikbewegung politische Motive zu unterzujehen. Und wir haben sogar den Verdacht, daß auch in der Statistik des Reichsamts unter den als politisch registrierten Bewegungen sich zahlreiche befinden, die zu Unrecht in dieser Rubrik zur Verrechnung gekommen sind. Es wäre interessant, zu erfahren, worin die amtlichen Statistiker die Unterscheidungskriterien zwischen beiden Kategorien der Streik- bewegungen sehen.

Aus den Organisationen

Lichtenberg

Am 24. Oktober fand die erste Mitgliederversammlung nach dem Parteilag statt. Die Aula des Real-Gymnasiums war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Besuch war besser als in den besten Zeiten vor der Spaltung. Den Bericht vom Parteilag gab Genosse Thurm. Am den gefassten Eintrud nicht zu ver- weiseln, wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Die Funktionäre sind mit ganz geringen Ausnahmen der Partei treu geblieben. Neubewegungen waren nur in zwei Fällen vorzuneh- men. Auch von den Mitteilern ist nur ein ganz geringer Bruch- teil zu den Neulommunisten abgewandert, jedoch der Fortbestand der Organisation in Lichtenberg nahezu in der alten Stärke gesichert ist. Ein hoffnungsvoller Geist beherrschte die Versamm- lung, die sich darin einig war, jetzt mit doppeltem Eifer an die Arbeit für die Partei heranzugehen.

Schöneberg-Friedenau

Am Freitag, den 20. Oktober, nahm eine gut besuchte Genera- lversammlung den Bericht vom Parteilag entgegen. Das Referat des Genossen Krille fand lebhaften Beifall. Auf Antrag des Genossen Paulus wurde der frühere Vorstand wieder gewählt, und zwar als Vorsitzende Wendt und Martens, als Kassierer Doerwald und Kuhlmei, als Schriftführer Dobber- phul und Ratschmared. Die von froher Kampfbegeisterung erfüllte Versammlung wurde mit einem Hoch auf die U. S. P. und die Internationale aller revolutionären Sozialisten geschlossen.

Reinickendorf-West

Am 1. November tagte die erste Generalversammlung nach der Spaltung. Genosse Köhler gab den Bericht vom Parteilag, der mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Genosse Bunlow gab den Geschäftsbericht. Daraus ging hervor, daß unsere Partei am Schlusse des Geschäftsjahres 1400 Mitglieder hatte, davon sind etwa 150 zu den Neulommunisten gegangen. Kasse und Bibliothek befinden sich in den Händen unserer Partei. Die Wahlen hatten folgendes Resultat: Vorsitzende: Böhmert und Krause; Schriftführer: Summa; Kassierer: Brunzlow; Obmann der Zeitungskommission: Wollschläger. Ein Antrag, nach dem diejenigen, die ohne Kenntnis des Vorstandes eine Generalver- sammlung einzuberufen versuchten, auszuschließen und nicht für wiederannahmefähig erklärt werden, wurde angenommen. In Reinickendorf-West steht die alte U. S. P. D. in voller Höhe. Die Genossen, die nach der Spaltung endlich freie Hand zur sachlichen Arbeit haben, gehen jetzt mit doppeltem Eifer an die Erfüllung ihrer Aufgaben heran.

Eine Zentralkasse für die Gliederung des Deutschen Reiches ist am Mittwoch im Reichsministerium des Innern gegründet worden. Die Aufgabe der Zentralkasse ist die Abgabe kritischer Gutachten. Die Verhandlungen sind vertraulich; ihre Ergebnisse werden in den Gesamtgutachten der Zentralkasse nach deren Er- stattung veröffentlicht werden. Die Beratungen der Zentralkasse führen zur Einsetzung einer Reihe von Unterausschüssen zur Vorbereitung mehrerer in das Tätigkeitsgebiet der Zentral- stelle fallenden Aufgaben.

Groß-Berlin

Drohende Stromeinschränkung für die Berliner Industrie

Die außerordentlich ernste Lage in der Kohlenversorgung Ber- lins beschäftigte in einer Sitzung den Reichskohlenkommissar und die Kohlenstelle in den Marken sowie die Leiter der Berliner Kraftwerke. Die Städtischen Elektrizitätswerke hatten sich in An- betracht der jetzt ständig kürzer werdenden Tage an den Reichs- kohlenkommissar gewandt, und zwar mit einer Mehrforderung zur Vergrößerung ihres Kohlenkontingents um 6500 Tonnen Kohle monatlich, um den Mehrbedarf an elektrischer Kraft für Be- leuchtungs Zwecke erzeugen zu können.

Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß sich eine Mehr- helleistung der Berliner Kraftwerke mit der geforderten Menge von 6500 Tonnen monatlich selber nicht ermöglichen läßt, weil Deutschland infolge des Spa-Abkommens seinen Kohlenverbrauch auf das äußerste einschränken muß. Man hofft aber einen Ausweg gefunden zu haben. Der Tagesverbrauch an elektrischer Kraft beträgt in Berlin rund 70 000 Kilowatt. 40 000 Kilowatt werden zur Zeit aus den Zuschüssen der Golspa-Leistung gedeckt, während die drei großen Berliner Kraftwerke Rummels- burg, Oberspreewald und Moabit die übrigen 30 000 Kilowatt mit Steinkohlen erzeugen müssen. Die Belastung der Kraftwerke am Tage durch den hohen Industrieverbrauch ist an der Grenze der Leistungsfähigkeit der Berliner Kraftwerke, die durch das Kontin- gent beschränkt ist. Nun werden in der Nacht durch die Industrie nur etwa 2000 Kilowatt des Golspastromes entnommen. Es ist hier also nachts ein Ueberschuß von 15 000 Kilowatt verfügbar.

Zur Vermeidung der unerlässlich scheinenden Einschränkungen des Stromverbrauches der Ber- liner Industrie sollen daher die Großverbraucher durch eine in den nächsten Tagen erscheinende Bekanntmachung aufgefordert werden, sich auf einen vermehrten Nachtbetrieb einzustellen, bis Stromentnahme am Tage aber zu unterlassen.

Auf diese Weise können für die Industrie größere Strommengen freigemacht werden, gleichzeitig aber könnte man die elektrische Beleuchtung voll beschleunigen, soweit die verlängerte Dunkelheit einen Mehrverbrauch erforderlich macht. Sollte sich eine Um- stellung auf den Nachtbetrieb bei der Berliner Industrie nicht in ausreichendem Umfange ermöglichen lassen, so muß mit einer erheblichen Einschränkung des Stromverbrauches bei der Industrie gerechnet werden.

Bevor der Industrie der Strom eingeschränkt und dadurch der Elend der Arbeiter vergrößert wird, müssen unbedingt die aus- sprochenden Schandkino, die Kabarets, Dieben und ähnlichen Freudentempel aus dem Stromkreis abgeschaltet werden. Es Schließung dieser Speulanten und Reppotafas würde von der er- drückenden Mehrheit der Bevölkerung begrüßt werden. Wenn es Schiebern und Kriegsgewinnlern nicht paßt, dann können sie hin- gehen, wohin sie den größten Teil ihres Vermögens verschleppt haben.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Befahrung
bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxustreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Str. 1.

